

sechziger Jahren weitgehend durch. Aber die Fronten hatten sich geändert. Die neuen unabhängigen Staaten argumentierten zunehmend gegen eine Einmischung von außen. Die Menschenrechtsdeklaration wurde zum Ausdruck von weißem Kolonialismus. Das Apartheidregime in Südafrika oder Israels Politik gegenüber den Arabern wurden dagegen angeprangert, die Menschenrechtsdeklaration als Ausdruck von Rassismus oder Imperialismus angesehen. Auch das richtete sich gegen die Universalität von Menschenrechten, die in der Sowjetunion und im Ostblock sowieso anders definiert wurden. Höhepunkt der Entwicklung war die erste universale Menschenrechtskonferenz in Teheran 1968, auf der der Schah mit großen Teilen der Dritten Welt eine Schauveranstaltung inszenierte. Mit der Zunahme von Diktaturen in der Dritten Welt seit den siebziger Jahren verkam die Menschenrechtsdebatte zu einer kulturellen Relativierung. Symptomatisch war die Ablehnung eines UN-Kommissariats für Menschenrechte, das erst 1993 eingerichtet wurde.

Die Arbeit besticht durch eine umfassende Quellenrecherche zumal zur UN-Geschichte und die genaue Rekonstruktion von Debatten, manchmal stark personalisiert auf einige sonst wenig bekannte Diplomaten der Dritten Welt. Sie führt primär eine Wertedebatte, die sich an die Gültigkeit der Vereinbarungen von 1948 anlehnt, ohne immer die politischen Motive der rhetorischen Formulierungen zu hinterfragen. Der Vf. trifft gewiss einen zentralen Punkt der Debatte über die Dekolonisierung. Wie sich sein sehr kritischer Befund mit dem eingangs zitierten Aufschwung der Menschenrechte vor allem in transnationalen Diskursen vereinbaren lässt, ist weiteren Debatten anheimgegeben. Einiges spricht dafür, dass die Fokusse je unterschiedlich gesehen werden.

---

*Stefan-Ludwig Hoffmann* (Hrsg.), *Moralpolitik. Geschichte der Menschenrechte im 20. Jahrhundert.* (Geschichte der Gegenwart, Bd. 1.) Göttingen, Wallstein 2010. 437 S., € 29,90. // oldenbourg doi 10.1524/hzhz.2013.0192

---

Regula Ludi, Bern

Der aktuelle Forschungsboom mag darüber hinwegtäuschen, dass die Geschichte der Menschenrechte ein relativ junges Forschungsfeld ist. Dementsprechend können historische Untersuchungen mit einigen Überraschungen aufwarten, wie der vorliegende Sammelband zeigt. Dessen Beiträge korrigieren die verbreitete Vorstellung, wonach die internationalen Menschenrechte für den Triumph des liberalen

Individualismus stünden bzw. eine moralisch notwendige Antwort auf den Holocaust seien. Stattdessen erfolgte die Aneignung von universellen Normen über sehr unterschiedliche, oftmals widersprüchliche Positionen. Das zeigt exemplarisch der Beitrag von *Samuel Moyn*, der argumentiert, dass die Menschenrechte ihren Durchbruch im Nachkriegseuropa der christlichdemokratischen Hegemonie zu verdanken hätten, indem sie in Verbindung mit dem katholischen Personalismus den Kern einer Neuerfindung des Konservatismus bildeten. Ambivalent fällt auch das Urteil von *Lora Wildenthal* zum Menschenrechtsaktivismus in Westdeutschland nach 1945 aus: Dieser habe den Deutschen erlaubt, mit Berufung auf internationale Normen Kritik an der alliierten Besatzungspolitik zu üben und sich selbst als deren Opfer zu präsentieren.

Auch zeigt die Forschung, dass die Phase der angeblichen Blockierung im Kalten Krieg in Wirklichkeit von intensiven Auseinandersetzungen um die Bedeutung internationaler Normen geprägt war. Das aktuelle Menschenrechtsregime ist daher auch als ein kontingentes Resultat des Systemkonflikts zu verstehen. Entgegen der verbreiteten Annahme verhielt sich gerade die Sowjetunion keineswegs nur ablehnend oder passiv. Wie *Jennifer Amos* darlegt, war sie sehr aktiv an der Ausarbeitung der beiden UNO-Menschenrechtspakte beteiligt. In der nachstalinistischen Ära wusste die Parteiführung die Menschenrechtssprache als Legitimitätsressource zu nutzen, wodurch sie unbeabsichtigterweise den Dissidenten einen normativen Referenzrahmen zur Verfügung stellte. Mehrere Beiträge beleuchten ferner das spannungsvolle Verhältnis der Menschenrechte im Dekolonisationsprozess. *Fabian Klose* diskutiert die Parallelität der Kodifizierung von universellen Normen und einer Radikalisierung der Gewaltanwendung bei der Unterdrückung von kolonialem Widerstand in Kenia und Algerien. Mit unterschiedlicher Gewichtung geht aus den Beiträgen von *Daniel Maul* und *Andreas Eckert* auch deutlich hervor, dass postkoloniale Staaten ebenfalls einen instrumentellen Umgang mit internationalen Normen pflegten, indem sie diese zwar zur Demonstration der Eigenstaatlichkeit benutzten, deren Geltung nach der Unabhängigkeit aber sehr rasch anderen Prioritäten unterordneten. Am Beispiel des Konflikts in Ostpakistan von 1971 zeigt die interessante Fallstudie von *Dirk A. Moses* zudem inhärente Konflikte des Menschenrechtsregimes bei der Bewältigung von humanitären Krisen auf. Im konkreten Fall lief die Präferenz der UNO für „unpolitische“ humanitäre Hilfe zugunsten der bengalischen Flüchtlinge auf die internationale Duldung der genozidalen Politik der pakistanischen Armee hinaus.

Der Sammelband vermittelt einen faszinierenden Einblick in aktuelle Ansätze und Ergebnisse der Forschung. Bei aller Betonung von Ambivalenzen bleibt die vom Herausgeber einleitend formulierte Frage, wie es dazu gekommen sei, dass die Menschenrechte Teil „jener Überzeugungen einer Gesellschaft [bilden], die als verinnerlichte, evidente Ordnung stillschweigend vorausgesetzt werden“ (S.7), letztlich doch ein Stück weit ein Rätsel. Das mag mit der einseitigen Ausrichtung der versammelten Beiträge auf den Begriff der „Moralpolitik“ zusammenhängen. Eine vertiefte Beschäftigung mit emanzipatorischen Kampagnen – dem Feminismus oder dem Kampf gegen die Rassendiskriminierung – und deren Beitrag zum Verständnis der Menschenrechte hätte hier womöglich noch andere Akzente zu setzen vermocht. Dass diese Themen unberücksichtigt blieben, schmälert etwas den Überblickscharakter, den der Band bei aller Heterogenität doch anstrebt.

---

*Sarah B. Snyder*, *Human Rights Activism and the End of the Cold War. A Transnational History of the Helsinki Network*. Cambridge/New York/Melbourne, Cambridge University Press 2011. X, 293 S., \$ 85,-.

// oldenbourg doi 10.1524/hzhz.2013.0193

---

Holger Nehring, Sheffield

Mit diesem Buch führt Sarah Snyder zwei Bereiche der Forschung zusammen, die bisher vor allem getrennt voneinander untersucht worden sind: zum einen die Frage des Zusammenhangs zwischen dem Ende des Kalten Krieges und dem Aufkommen der Menschen- und Bürgerrechtsbewegungen in der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Gesellschaften; zum anderen die Debatte über die Bedeutung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) von Helsinki von 1974/75 und ihrer Nachfolgekongressen in Belgrad, Madrid und Wien während der 1980er Jahre. Sie versteht ihre Studie vor allem als Beitrag zur Bedeutung transnationaler blockübergreifender Akteure im letzten Jahrzehnt des Kalten Krieges. Snyder knüpft damit an die Forschungen von Daniel C. Thomas und anderen an, welche die Bedeutung des „Helsinki effects“ betont haben, möchte aber gleichzeitig bedeutende Differenzierungen liefern.

Das Buch bietet eine dicht aus den Quellen gearbeitete Studie der Entstehung, des Verlaufs und der Wirkung der KSZE, seiner Folgekongressen und der sich um sie gruppierenden Netzwerke. Die Autorin kann schön herausarbeiten, wie die von